

Liechtensteiner Volkssblatt



AZ - FL-9494 Schaan, Samstag, 9. August 1975

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 116

Dokument der Geschichte

Bildbericht
zum KSZE-Gipfeltreffen

Eine Woche lang wehte die blau-rote Flagge mit der Fürstenkrone über dem Finlandia-Haus in Helsinki und dokumentierte damit auch äusserlich die Präsenz unseres Landes unter den 35 Staaten, die sich im Rahmen des Gipfeltreffens zum Abschluss der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hier zusammengefunden hatten. Dank der aktiven Mitarbeit in den vorbereitenden Phasen und aufgrund des positiven Auftretens unserer Delegation mit Regierungschef Dr. Walter Kieber am KSZE-Gipfeltreffen, haben die Farben Liechtensteins im europäischen Bereich in mancher Hinsicht an Gewicht und Bedeutung hinzugewonnen. Zum Abschluss unserer Berichterstattung aus Finnland bringen wir in der heutigen Ausgabe auf den Seiten 4 und 5 die angekündigten Bildberichte. — Unsere Aufnahme zeigt den Flaggenwald der Teilnehmerstaaten vor dem Finlandia-Haus



Bildungsrat

Einführung eines zweiten
Maturatyps?

(p) In den Monaten Juni und Juli 1975 hielt der Bildungsrat zwei Sitzungen ab. In der Sitzung vom 26. Juni 1975 befasste er sich mit einem Exposé des Schulamtes über die Einführung eines zweiten Maturatyps am Liechtensteinischen Gymnasium und über damit zusammenhängende Fragen. Schon Ende des letzten Jahres hatte sich der Bildungsrat von Prof. Bonifaz Klingler, Kantonsschule Sarnen, Mitglied der Eidgenössischen Maturitätskommission, über die verschiedenen Maturitätstypen, insbesondere über den Typus E, orientieren lassen. In der Sitzung vom 14. Juli 1975 erarbeitete der Bildungsrat eine Stellungnahme zur Einführung eines zweiten Maturatyps zuhanden der Regierung und formulierte einen entsprechenden Empfehlungstext.

Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein

Am Montag, 8. September, findet im Hotel Acker in Wildhaus die diesjährige Mitgliederversammlung der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein statt. Neben dem Jahresbericht und den üblichen Vereinsgeschäften wird die Versammlung auch eine Ersatzwahl in den Vorstand vorzunehmen haben. Derzeitiger Präsident der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein ist Alt-Ständerat Dr. Willi Rohner aus Altstätten.

Der Staat - ein monströses Gebilde?

Gedanken zu einem innenpolitischen Kommentar

Es gab in der Vergangenheit unseres Landes immer wieder triftige Gründe für politische Kritik. Dies wird auch in Zukunft (hoffentlich) so bleiben. Denn kein Staatswesen der Welt darf sich als perfekt und nicht mehr verbesserungsfähig bezeichnen. Dies gilt auch für die Arbeit unserer politischen Parteien, die sich, jede im Rahmen ihrer personellen und sachlichen Möglichkeiten, um Konzepte und Lösungen bei der Bewältigung unserer täglichen Aufgaben bemühen.

Dass jede Partei für sich in Anspruch nimmt, die besseren Lösungen und die fähigeren Männer zu besitzen ist selbstverständlich. Wie könnte eine politische Gruppierung weiterexistieren, die nicht wenigstens an sich selbst glaubte? — Die Entscheidung, welcher Partei er mehr zutraut und von welcher Gruppierung er mehr zu erwarten hat, trifft der Stimmbürger allein.

Bürger kann korrigieren

Unser politisches System sieht vor, dass der Liechtensteiner unter normalen Verhältnissen alle vier Jahre auf seine Entscheidung zurückkommen und die politischen Mehrheitsverhältnisse im Staat so korrigieren kann, wie es ihm beliebt.

Positiv zum Staat

Beide wahlentscheidenden, grossen Parteien im Lande konnten — mindestens seit nach dem Krieg — mit Recht von sich behaupten, dass sie positiv zu unserem Staatswesen eingestellt sind. Beide konnten dies auch praktisch unter Beweis stellen, als Mehrheit und als Minderheit.

Irritierende VU-Interpretation

Um so irritierender ist man nach

der Lektüre eines Kommentars, die das Ergebnis einer Arbeitstagung der Vaterländischen Union zum Inhalt hat und in der Ausgabe vom 5. August des «Liechtensteiner Vaterland» veröffentlicht wurde.

Wörtlich heisst es dort unter anderem:

«An der erwähnten Arbeitstagung formulierte einer einen denkwürdigen Satz zum Thema «Politische Grundsätze». Er meinte: «Erhalten wir uns das bisschen Freiheit, das wir noch haben, so lange als möglich.» In diesem Satz klingt nicht nur an, dass die Freiheit in Gefahr ist, sondern auch, dass der Zerfall der persönlichen Freiheit und der Aufbau einer kollektiven Macht unabwendbar sei.»

«Es besteht kein Zweifel, dass mit jedem Gesetz und mit jeder Verordnung ein Stück Freiheit der Person verloren geht und anstatt dessen die Macht des Bürokratismus verstärkt wird. Wenn dem nicht so wäre, dann würde es ohnehin nutzlos sein, Gesetze zu erlassen, denn diese haben nur einen Sinn, wenn sie eingehalten werden. Damit sie aber eingehalten werden, muss man deren Einhaltung kontrollieren, und wer tut das — der Staat, dieses monströse Gebilde, das wir angeblich alle darstellen.»

(Ende des Zitats)

Eigenartige Auslegung

Nicht der «denkwürdige Satz», den wohl jeder von uns unterschreiben würde, war es, der uns verwirrte, sondern dessen Auslegung durch den Autor, bei dem es sich immerhin um einen der Vizepräsidenten der Vaterländischen Union handelt.

Freiheit in Gefahr

Dürfen wir als Bürger dieses Landes einfach darüberhingen, wenn einer der gewichtigsten Funktionäre der VU die Freiheit in unserem Lande in Gefahr sieht? Dürfen wir es einfach ignorieren, wenn er diese doch bedeutungsvolle Aussage mit dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen begründet, wenn unser Staat für ihn zu einem monströsen Gebilde geworden ist, dem er sich nur noch «angeblich» zugehörig fühlt?

Welche Gesetze wurden beschlossen

Welche Gesetze, die im abgelaufenen und im laufenden Jahr vom liechtensteinischen Parlament beschlossen wurden, haben unsere Freiheit eingeschränkt? Etwa das Gesetz über die Erhöhung der Stipendien oder die Heraussetzung des Blindengeldes? Oder war es das Gesetz über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, welches das Postulat «Liechtensteinerin bleiben» löste? Schränkt vielleicht das Finanzhaushaltsgesetz unsere Freiheit ein, weil es die Regierung zu einer frühzeitigen Budgetierung und einer besseren Ueberwachung unseres Staatshaushaltes verpflichtet? Ist das Krankenkassengesetz eine Gefahr für unsere Freiheit, weil neuerdings auch vorbeugende Untersuchungen und Krankentransporte von den Kassen übernommen werden müssen?

Wie sonst...?

Wie sonst, wenn nicht mittels Gesetzen, die demokratisch vorberaten und beschlossen werden, sollte nach Ansicht des VU-Vizepräsidenten ein Staat geführt und verwaltet werden? Nicht nur das Parlament, auch der Bürger selbst hat in unserer Demokratie die Möglichkeit mit-

tels Referendum und Initiative jedes Gesetz wieder abzuschaffen.

Liechtenstein: monströs?

Zum zweiten: sicherlich gab und gibt es Staaten, die man aufgrund ihrer politischen Systeme als monströse (ungeheuerliche, missgestaltete) Gebilde betiteln kann. Was aber muss in einem Liechtensteiner und noch dazu einem hohen Parteifunktionär vorgehen, wenn er unser kleines, überschaubares, demokratisches und freies Land als monströses Gebilde einstuft?

Ist es monströs, dass jeder hierzulande den Regierungschef jederzeit direkt anrufen und sich mit ihm treffen kann? Ist es monströs, wenn man Gesetze, die von Regierung und Landtag beschlossen wurden, per Volksabstimmung wieder abschafft (Finanzvorlagen 1975)? Ist es monströs, wenn die Stimmbürger einer Gemeinde das Referendum gegen Bau- und Planungsprojekte ergreifen und diese korrigieren, weil sie ihnen zu teuer sind (Beispiel Triesen 1975)?

● Noch lebt die Freiheit im Liechtensteiner und er weiss sich ihrer auch zu bedienen: eben weil er nicht nur «angeblich» sondern sehr bewusst diesen Staat darstellt, der ihm lieb und teuer ist.

KSZE-Konferenz

Texte werden im Herbst veröffentlicht

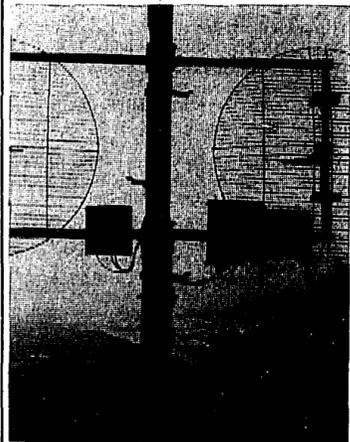
Die am 1. August von 33 europäischen Regierungschefs sowie vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und vom kanadischen Premierminister anlässlich des KSZE-Gipfeltreffens in Helsinki unterzeichneten Texte, werden voraussichtlich im Herbst in den liechtensteinischen Landeszeitungen veröffentlicht.

Dies erklärte uns Regierungschef Dr. Walter Kieber auf unsere Anfrage hin noch kurz vor seiner Abreise nach Italien, wo er am Mittwoch einen Erholungsurlaub mit seiner Familie angetreten hat.

Der Regierungschef unterstrich, dass sich auch Liechtenstein dazu verpflichtet habe, die in Helsinki unterzeichneten Schlussakte auf nationaler Ebene «so umfassend wie möglich» zu verbreiten und bekannt zu machen. Die Veröffentlichung erfolge in den Landeszeitungen als amtliche Publikationsorgane.

Vorher werde die Regierung aber noch dem Parlament über den Abschluss der KSZE-Konferenz berichten. Es ist anzunehmen, dass die in Helsinki erarbeiteten Schlussakte auch Gegenstand einer Würdigung im öffentlichen Landtag sein werden.

TV-Empfang



Probelauf von der Mittagsspitze

Seit gestern Freitagabend werden im Balzner Gemeindesaal die in unserem Lande empfangbaren TV-Programme von einer provisorischen Gemeinschaftsantenne empfangen, die unweit der Mittagsspitze installiert ist. Heute Samstag von 18.00 bis 20.00 Uhr und auch noch morgen Sonntag von 10.15 Uhr bis um 19.00 Uhr kann sich die interessierte Bevölkerung im Balzner Gemeindesaal über die Anschlussmöglichkeiten an dieses Projekt erkundigen, das als provisorische bzw. kleine Lösung einer späteren Gemeinschaftsantenne für das ganze Land zu werten ist. Unsere Aufnahme zeigt die provisorische Antenne auf der Mittagsspitze, die an diesem Wochenende in Betrieb ist.

Im Geldverkehr sind wir die Fachleute

Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft FL-9490 Vaduz

BÜROMÖBEL für alle Ansprüche

9494 Schaan Ferdina Frick AG